

Klimaschutz muss jetzt konkret werden!

Julia Puder



Der Autor

Prof. Dr. Hubert Weiger ist Vorsitzender des BUND.

Das Ergebnis des Klimagipfels in Kopenhagen gleicht einer Bankrotterklärung der Staats- und Regierungschefs. Es ist eine Ohrfeige gerade für die ärmsten Staaten der Erde, die unter den Folgen des Klimawandels besonders leiden. Hauptverantwortlich für das Scheitern war die Weigerung der Industriestaaten, ihren CO₂-Ausstoß deutlicher zu senken, die Entwicklungsländer stärker zu unterstützen und einen konkreten Zeitplan für Klimaschutzmaßnahmen vorzulegen.

So ist auch Deutschland mit Bundeskanzlerin Angela Merkel mitverantwortlich für den deprimierenden Abschluss. Verbal tritt sie zwar für das ferne Zwei-Grad-Ziel ein, doch hat sie gerade auf europäischer Ebene den Klimaschutz eher gebremst als beflügelt.

Ein Minderungsziel von 45 % bis 2020 für die Industriestaaten und ein Beitrag der EU für Anpassung und Klimaschutz in den armen Ländern von jährlich 35 Milliarden Euro wäre das Mindeste gewesen, das die EU hätte anbieten müssen. Doch offenbar haben viele Staats- und Regierungschefs die tatsächliche Dramatik des Klimawandels nicht erkannt. Die Welt benötigt schnelle Fortschritte bei der Senkung der Treibhausgase. Jede weitere Verzögerung ist ein Sargnagel für die Zukunft der Menschheit. Die Industriestaaten müssen sich endlich bewegen und ihre bisher schwachen Angebote zum Klimaschutz deutlich aufbessern. Zu schließen sind Schlupflöcher, die reale Emissionsminderungen verhindern – etwa indem konkrete Maßnahmen nach außerhalb der EU verlagert werden.

Für den BUND ergibt sich daraus die Konsequenz, nicht zu resignieren, sondern unser Engagement vor Ort zu verstärken. Deutschland muss seine Hausaufgaben im Klimaschutz machen, um international glaubwürdig zu sein. Wir werden es nicht zulassen, dass die deutschen Vertreter auf internationaler Ebene als Vorreiter in Sachen Klimaschutz auftreten, im eigenen Land aber weiter den Bau klimaschädlicher Kohlekraftwerke oder den Neubau von Autobahnen fördern und beim zentralen Thema – der Senkung des Energieverbrauchs durch Energieeffizienz – fast nichts passiert.

Immer wenn es konkret wird, bleibt bei der Regierung nicht viel Klimaschutz übrig. So treten Merkel wie Röttgen dafür ein, neue Kohlekraftwerke zu bauen. Und parallel zum Klimagipfel in Kopenhagen hat die schwarz-gelbe Regierung in Nordrhein-Westfalen den Klimaschutz aus der Landesplanung gestrichen. Sie will so das vom BUND durch eine Klage eigentlich schon gestoppte Eon-Kohlekraftwerk in Datteln doch noch möglich machen.

Umso nötiger ist daher unser Einsatz auch vor Ort – der 2009 übrigens sehr erfolgreich war. Sechs Kohlekraftwerke konnten wir verhindern, dank unserer Landesverbände und Kreisgruppen sowie lokaler Bürgerinitiativen. Der BUND wird weiter darauf achten, dass Klimaschutz real und bei uns stattfindet. Wir kämpfen gegen Schlupflöcher und alle Versuche, die Stromkonzerne und ihre geplanten neuen Kohlekraftwerke zu unterstützen. Hier wird sich die Bundesregierung entscheiden müssen: Meint sie die Klimaschutzziele in ihrem Koalitionsvertrag wirklich ernst? Dann müsste sie selbst aktiv jedes neue Kohlekraftwerk bekämpfen. Sonst ist das auch von ihr nicht bestrittene CO₂-Reduktionsziel von 80 % im Jahr 2050 passé.

Die energiepolitische Grundsatzentscheidung dieses Jahres ist die Frage, ob die deutschen Atomkraftwerke längere Laufzeiten erhalten. Gerade alte Reaktoren bilden ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko. Und längerer Betrieb vergrößert noch das ungelöste Atom-müllproblem. Auch für den Klimaschutz sind diese Pläne bekanntlich ein Riesenproblem: Denn mehr Atomkraft im Netz gefährdet den Ausbau erneuerbarer Energien und anderer klimafreundlicher Alternativen (wie effiziente Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung). Darum: Wer Klimaschutz und mehr erneuerbare Energie will, muss für den Atomausstieg kämpfen. Das wird der BUND tun. Machen Sie mit!